

Reformkräfte: Die katholischen Kirchen und die Perestrojka

Boeckh, Katrin

Postprint / Postprint

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Boeckh, K. (2017). Reformkräfte: Die katholischen Kirchen und die Perestrojka. *Osteuropa*, 67(9-10), 175-190. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-70347-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Katrin Boeckh

Reformkräfte

Die katholischen Kirchen und die Perestrojka

Das Ende der Kirchenverfolgung unter Michail Gorbačev förderte den gesellschaftlichen Wandel in der Sowjetunion. Davon profitierte auch die griechisch-katholische (unierte) Kirche, die in der Sowjetunion jahrzehntelang unterdrückt worden war. Großen Einfluss auf die neue Kirchenpolitik hatte der Vorsitzende des Rats für Religionsangelegenheiten, Konstantin Charčev. Die Öffnung stieß auch auf internationale Unterstützung. Insbesondere die römisch-katholische Kirche unter Johannes Paul II. erkannte die Chance. Für sie ging in Erfüllung, woran Kardinal Agostino Casaroli, der Architekt der Ostpolitik des Vatikan, viele Jahre lang gearbeitet hatte.

Das Thema Religion steht in deutschsprachigen Untersuchungen zur Transformation der Sowjetunion selten im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Wenn dies doch geschieht, dann gehen diese Untersuchungen implizit in der Regel davon aus, dass Kirchen und Religionsgemeinschaften erst nach der Auflösung der Sowjetunion neu entstanden sind, als die Nachfolgestaaten Glaubens- und Gewissensfreiheit gesetzlich garantierten. Die Demokratisierung sei Voraussetzung für die religiöse Bekehrung einer breiten Mehrheit gewesen, die kurz zuvor noch atheistisch, areligiös, wenn nicht gar antireligiös gewesen waren. Tatsächlich waren es jedoch auch die Kirchen und die Gläubigen, die den Sturz des Regimes gefördert hatten. Obwohl permanenter Verfolgung ausgesetzt, hatten sie in der Sowjetunion jahrzehntelang im geheimen oder halböffentlichen Raum weitergewirkt; in der Spätphase der Sowjetunion traten sie nun wieder öffentlich auf. Dabei nutzten die verschiedenen in der Sowjetunion beheimateten Kirchen ihr oppositionelles Potential in unterschiedlichem Maß. Eine Gesamtdarstellung dieser Entwicklung, die die einzelnen Kirchen mit ihren spezifischen Traditionen, ihrer jeweiligen Größe, geographischen Verortung, Struktur und ihren personellen Netzwerken untersuchen würde, liegt bislang nicht vor.

Die katholische Kirche ist ein besonderer Fall. Zum einen agiert sie als internationale und transnationale Organisation über Landesgrenzen hinweg. Das galt selbst für die schwer zu überwindenden Grenzen der Sowjetunion. Zum anderen ist sie nicht nur eine kirchliche Institution, sondern sie verfügt auch über einen Staat mit einem diplomatischen Corps. Die dritte Besonderheit besteht darin, dass es neben der römisch-katholischen auch griechisch-katholische („unierte“, „katholische Ost-“) Kirchen gibt. Die größte der unierten Kirchen, die Ukrainische griechisch-katholische Kirche, geht auf die Union von Brest 1596 (in Galizien) bzw. von Užhorod 1646 (in der Karpaten-Ukraine) zurück,

in der sich die lokalen orthodoxen Kirchen dem päpstlichen Primat unterstellten. Dabei behielten sie ihre eigene Form der orthodoxen Liturgie, ihre Strukturen und ihren Ritus bei – dazu gehörten auch die Verwendung des julianischen Kalenders und die Möglichkeit der Eheschließung für Priester vor der Weihe. Das Zölibat besteht verpflichtend für Mönche, Nonnen und Bischöfe. Gleichzeitig stehen die unierten Kirchen in voller und gleichberechtigter Sakramenten- und Glaubensgemeinschaft mit der römischen Kirche.¹

Nachdem die sowjetischen Behörden die griechisch-katholische Kirche in Galizien 1946 verboten hatten, baute diese die größte kirchliche Untergrundorganisation in der Sowjetunion auf. Die zunächst kleinen Erschütterungen, die diese Organisation in der Gesellschaft auslösen konnte, wurden ab Mitte der 1980er Jahre durch den von Michail Gorbachev eingeleiteten Kurs der Perestrojka und weitere äußere Faktoren verstärkt. All das beschleunigte die zentrifugalen Tendenzen im Land und erhöhte zugleich den Reformdruck. Der Vatikan spielte für die Entwicklung in der Sowjetunion eine wichtige Rolle. Vor entscheidender Bedeutung war insbesondere die 1000-Jahr-Feier der sogenannten „Taufe der Rus“ 1988: Sie brachte die genannten Kirchen sowie die Russische Orthodoxe Kirche mit der Staatsspitze und Vertretern des sowjetischen Rats für religiöse Angelegenheiten zusammen und löste eine neue Reformdynamik in der UdSSR aus.

Vor-Geschichten

Die unierte Kirche in Galizien im Untergrund

An der unierten Kirche in der Westukraine – insbesondere in Galizien – schieden sich nicht nur zu sowjetischen Zeiten die Geister. Für Moskau war sie ein Einfallstor klerikaler Kräfte von außen, die das System destabilisierten, und für Rom war sie eine in ihrer Existenz bedrohte Partikularkirche. Für die griechisch-katholische Kirche selbst bedeutete die erzwungene Katakombenexistenz einen Daseinskampf, der jedoch zur Grundlage ihrer Legitimation als (zunächst) regionale nationale und moralische Kraft wurde. Der Weg in den Untergrund war durch die „Liquidierung“ der griechisch-katholischen Kirche von Galizien auf der „Pseudo-Synode“ vom 8. bis 10. März 1946 ausgelöst worden. Bei dieser staatlich inszenierten Veranstaltung proklamierte man die „Rückkehr der unierten Kirche in den Schoß der orthodoxen Kirche“. Bereits zuvor waren alle unierten Bischöfe verhaftet und zu langen Freiheitsstrafen verurteilt worden. Alle kamen ums Leben bis auf Kardinal Josyp Slipyj (1893–1984), der 1963 nach 18-jähriger Gefängnis- und Lagerhaft nach Rom ausreisen durfte. Der von ihm vorher noch zum Bischof geweihte Vasył Velyčkovs'kyj und der von jenem wiederum 1964 zum Bischof konsekrierte Volodymyr Sternjuk weihten im Geheimen Priester und sie sicherten so trotz größter Bedrohung die Strukturen ihrer Kirche.² Getragen wurde sie von einer großen Zahl an Gläubigen in der Westukraine, die sich auch in den „Katakomben“ nicht von staatlichen Drohungen und Verfolgungen abschrecken ließen. Ihre genaue Anzahl ist

¹ Johannes Oeldemann: Die Kirchen des christlichen Ostens. Orthodoxe, orientalische und mit Rom unierte Ostkirchen. Kevelaer 2006.

² Ivan Dacko: Im Spannungsfeld zwischen Ost und West. Die Griechisch-katholische (unierte) Kirche in der Ukraine nach fünf Jahren Eigenstaatlichkeit, in: Glaube in der 2. Welt, 4/1997, S. 17–21.

statistisch nicht erfasst. Nach eigenen Angaben zählte die unierte Kirche vor dem Zweiten Weltkrieg etwa 3,6 Millionen Gläubige.³

Als Johannes Paul II. 1978 zum Papst gewählt wurde und er der griechisch-katholischen Kirche wiederholt öffentlich seine Unterstützung zusicherte, stiegen deren Hoffnungen darauf, endlich aus dem Untergrund in die Legalität zurückkehren zu können. 1982 gründeten Gläubige in der Westukraine unter Führung des furchtlosen Bürgerrechtlers Josyp Terelja (1943–2009) eine Initiativgruppe zur Verteidigung der Rechte der katholischen Gläubigen in der Ukraine. Ab 1984 gab sie in unregelmäßigen Abständen das Untergrund-Bulletin „Chronik der Katholischen Kirche in der Ukraine“ (Chronika Katolyč'koji Cerkvy na Ukrajinі) heraus, in der Berichte über Verletzungen der Glaubensfreiheit erschienen. Die Verantwortlichen wurden wiederholt verhaftet, die Repressionen gegen griechisch-katholische Gläubige hielten an. Im ersten Quartal 1984 wurde 30 griechisch-katholischen Gemeinden in der Westukraine und in der Karpatenukraine die staatliche Registrierung entzogen.⁴ Offenbar hatten diese Gemeinden trotz des Verbots der Kirche vier Jahrzehnte lang weiterhin existiert. 1984 machten die sowjetischen Behörden den führenden Persönlichkeiten des kirchlichen und ukrainischen Widerstands in der Karpatenukraine das Angebot, die Kirche werde wieder legalisiert, wenn sie sich von Rom lossage. Die Gläubigen lehnten ab, und dies hatte für sie langjährige Haftstrafen wegen „antisowjetischer Propaganda“ und Nationalismus zur Folge.⁵ 1986, als sich die Pseudo-Synode von Lemberg zum 40. Mal jährte, gingen die sowjetischen Behörden von etwa 700 griechisch-katholischen Priestern aus, die illegal ihre Gemeinden betreuten.⁶ Am 21. April 1986 wies die Propaganda-Abteilung der KPdSU die Parteiführung darauf hin, dass anlässlich des 40. Jahrestages des Lemberger Kirchenkonzils im März 1946 der „Vatikan und anti-sowjetische uniatisch-nationalistische Zentren des Westens“ nicht aufhörten, den „Uniatismus in der Ukraine“ zu revitalisieren. „Subversive, verleumderische und nationalistische Propaganda“ sei heimlich ins Land geschmuggelt worden. Um dieser Einflussnahme zu begegnen, sollten möglichst wenig ausländische Besucher einreisen dürfen.⁷

Am 4. August 1987 verfassten zwei griechisch-katholische Bischöfe, 23 Priester, zwölf männliche und weibliche Ordensangehörige sowie 175 Laien die erste öffentliche Petition. Sie war gleichzeitig an den Generalsekretär der KPdSU Michail Gorbachev und an

³ Institute of Church History of the Ukrainian Catholic University (Hg.): *To the Light of Resurrection through the Thorns of Catacombs. The Underground Activity and Reemergence of the Ukrainian Greek Catholic Church*. L'viv 2014, S. 9. Statistiken mit der Zahl der Mitglieder einzelner Kirchen in der Ukraine gibt es bis heute nicht; die offiziellen Aufstellungen über die Zahl der Gemeinden lassen nur wenig Rückschlüsse auf die Zahl der Gläubigen zu; Katrin Boeckh: *Staat und Kirchen während der Transformation in der Ukraine*, in: Thomas Bremer (Hg.): *Religion und Nation. Die Situation der Kirchen in der Ukraine*. Wiesbaden 2003, S. 67–89, hier S. 70.

⁴ Gerd Stricker: *Die Kirchen der Union in der Westukraine und in der Karpatoukraine*, in: *Kirche in Not/Ostpriesterhilfe* (Hg.): *Die ukrainische katholische Kirche*. München ²1989, S. 28–31, hier S. 30.

⁵ Ebd., S. 31.

⁶ Felix Corley: *Religion in the Soviet Union. An Archival Reader*. New York 1996, S. 322–324.

⁷ Ebd.

Papst Johannes Paul II. gerichtet und forderte die Legalisierung der griechisch-katholischen Kirche.⁸ Dies war ein mutiger Schritt, denn noch immer konnte das Bekenntnis zur unierten Kirche Freiheitsentzug nach sich ziehen. Umso mehr bestärkte er Gläubige, denn immer öfter feierten sie nun sichtbar Gottesdienste.

Für den Heiligen Stuhl barg der Status der Kirche des byzantinischen Ritus in der Ukraine, auf deren Schicksal er in offiziellen Schreiben immer wieder hinwies, eine besondere Schwierigkeit. Einerseits war sich das päpstliche Außenamt dessen voll bewusst, dass diese Kirche über vier Jahrzehnte „un eroico ‚calvario‘“ (einen heldenhaften Leidensweg) hatte gehen müssen und sowohl von den sowjetischen Behörden verfolgt als auch von der orthodoxen Kirche angefeindet worden war, die sie offiziell „integriert“ hatte.⁹ Andererseits machte die Russische Orthodoxe Kirche die ökumenische Verständigung mit dem Vatikan davon abhängig, dass dieser die griechisch-katholische Kirche nicht weiter anerkenne. Dahinter verbarg sich die Befürchtung der Russischen Orthodoxen Kirche, Gläubige und Besitz zu verlieren. Nahezu ein Drittel der Gemeinden der Russischen Orthodoxen Kirche befand sich in der Westukraine, so dass deren erneuter Wechsel zur griechisch-katholischen Kirche einen „massiven Aderlass für das Moskauer Patriarchat bedeutete“.¹⁰

Der Heilige Stuhl

Trotz aller weltanschaulichen Unterschiede unternahm der Heilige Stuhl und die Sowjetunion von Beginn an Versuche der Annäherung. Zwischen 1922 und 1927 ließen die Päpste Benedikt XV. (1914–1922) sowie Pius XI. (1922–1939) direkte diplomatische Verhandlungen mit den Bolschewiki zu. Sie wurden zunächst in Rom und Genua, dann in Berlin unter Vermittlung der deutschen Diplomatie und des Apostolischen Nuntius Eugenio Pacelli (später Papst Pius XII.) geführt.¹¹ Dabei ging es um die staatlichen Beziehungen. Dann brach man die Gespräche ab; die kompromisslose Verfolgung von Katholiken und anderen Glaubensangehörigen in der Sowjetunion machten eine weitere Verständigung unmöglich.

Ende der 1950er, Anfang der 1960er Jahre richtete sich die päpstliche Ostpolitik verstärkt auf jene Länder im östlichen Europa, die über einen größeren katholischen Bevölkerungsanteil verfügten: auf Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei. Erst nach dem wenig kirchenfreundlichen „Tauwetter“ unter Nikitja Chrusčev eröffneten sich neue Verbindungen zu Moskau. Im Januar 1967 besuchte erstmals ein sowjetisches Staatsoberhaupt, der Vorsitzende des Obersten Sowjet, Nikolaj Podgornyj, Papst Paul VI. in einer Privataudienz. Die Kontakte blieben danach jedoch sporadisch. Beide Seiten beharrten auf ihren Prinzipien und Werten: Der Heilige Stuhl forderte als Gegenleistung für die internationale Aufwertung und die Anerkennung der territorialen Integrität und Unverletzlichkeit der Grenzen der sozialistischen Bündnisstaaten – was die UdSSR sich

⁸ Chrestnoju dorohoju. Funkcionuvannja i sprobu likvidaciji Ukrajins'koho Hreko-Katolic'koho Cerkvy v umovach SRSR u 1939–1941 ta 1944–1946 rokach. Zbirnyk dokumentiv i materialiv. L'viv 2006, S. 612–613.

⁹ Serie Card. Agostino Casaroli, Fasc. 88, ff. 416–440v, hier ff. 436v–437v.

¹⁰ Johannes Oeldemann: Die ökumenischen Beziehungen zwischen den Kirchen in der Ukraine, in: Bremer, Religion and Nation [Fn. 3], S. 91–106, hier S. 92.

¹¹ Antoine Wenger: Rome et Moscou. 1900–1950. Paris 1987.

während des Ost-West-Konflikts erhoffte – die Einhaltung der Menschen- und Bürgerrechte wie der Glaubensfreiheit – und zwar nicht nur für die Katholiken. Am KSZE-Prozess beteiligte sich auch der Vatikan. 1971 besuchte Erzbischof Casaroli erstmalig Moskau, um den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen. Er war bemüht, zwischen den Blöcken als Mediator zu wirken, als Vertreter einer „nicht blockgebundenen moralischen Großmacht im internationalen Gefüge“ zur Propagierung der „universellen gottgegebenen“ Grundrechte.¹²

Die sowjetische Regierung und die zentrale Religionsbehörde

Die sowjetische Regierung verfolgte seit der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ 1917 einen antireligiösen Kurs. Als Johannes Paul II. im Oktober 1978 zum Papst gewählt wurde, war die Kommunistische Partei in der Sowjetunion alarmiert, weil sie ein Wiedererwachen katholischer und damit antisowjetischer Aktivitäten im Land befürchtete. Im November 1979 beschloss das Sekretariat der KPdSU einstimmig – auch mit der Unterschrift Michail Gorbatschov –, die Vatikanische Politik gegenüber den anderen sozialistischen Staaten genau zu überwachen. Zu besonders aktiver Informationspolitik und Propaganda wurden die kommunistischen Parteien in den „sowjetischen Westrepubliken“ Litauen, Lettland, Ukraine und Belarus aufgerufen. Im Vatikan sollten „jene Kreise“ ermuntert werden, die sich für „Frieden und friedliche Koexistenz, für die Aufrechterhaltung einer realistischen, ausgewogenen Haltung zur UdSSR und zu anderen sozialistischen Staaten“ und für Abrüstung und die „Verbesserung des internationalen Klimas“ aussprächen.¹³

Michail Gorbatschovs Ernennung zum Generalsekretär der KPdSU 1985 bedeutete nicht, dass die Kirchenverfolgung in der UdSSR sofort eingestellt wurde. Das Politbüro unterzeichnete weiter geheime antireligiöse Anordnungen etwa zur Bekämpfung des Einflusses des Katholizismus auf die Bevölkerung.¹⁴ Gorbatschov hielt sich mit Äußerungen zur Religionsfreiheit zurück, ließ aber zu, dass die für die Umsetzung der staatlichen Religionspolitik zuständige Behörde, der „Rat für religiöse Angelegenheiten beim sowjetischen Ministerrat“, immer liberalere Entscheidungen traf. Deren Vorsitz hatte in den entscheidenden Jahren 1984 bis 1989 Konstantin M. Charčev.¹⁵

Noch im August 1986 unterstützten der „Rat für religiöse Angelegenheiten“ und das Finanzministerium eine Instruktion, die auf eine stärkere Kontrolle der finanziellen und administrativen Aktivitäten religiöser Vereinigungen abzielte.¹⁶ Dann jedoch schlug sich Gorbatschovs Reformkurs auch auf das Verhältnis des Staats zu den Kirchen nieder.

¹² Roland Cerny-Werner, Rainer Gries: Der Vatikan und der Ostblock im Kalten Krieg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1–2/2009, S. 39–45, <www.bpb.de/apuz/32272/der-vatikan-und-der-ostblock-im-kalten-krieg?p=all>.

¹³ Decree of the Secretariat of the CC of the Communist Party of the Soviet Union. Gez. M. Suslov. 13. November 1979, in: Corley, Religion in the Soviet Union [Fn. 6], S. 278–280.

¹⁴ Felix Corley: Soviet Reaction to the Election of Pope John Paul II, in: Religion, State and Society, 1/1994, S. 37–64, hier S. 59.

¹⁵ Der „Rat für religiöse Angelegenheiten“ geht zurück auf die Zusammenlegung des 1943 geschaffenen Rats für die Angelegenheiten der Russischen Orthodoxen Kirche beim sowjetischen Ministerrat und des 1944 gebildeten Rats für die religiösen Kulte beim sowjetischen Ministerrat im Jahr 1965.

¹⁶ Corley, Religion in the Soviet Union [Fn. 6], S. 324–325.

Eine Liberalisierung der Religionspolitik versprach positive Auswirkungen auf die allgemeine innenpolitische Lage. Ideologisch wurde dieser Paradigmenwechsel genauso wie der wirtschaftliche „Umbau“ (Perestrojka) damit begründet, dass die sowjetische Regierung nun beabsichtige, zu den Leninschen Wurzeln zurückzukehren. In Lenins Werken, so Konstantin Charčev Jahrzehnte später in einem Interview, sei nirgends etwas über die Unterdrückung der Religion zu lesen. Jedoch habe es „taktische Anweisungen“ gegeben, im „ideologischen Kampf“ gegen die Kirchen sogar Priester zu erschießen.¹⁷ Zu Beginn der Perestrojka sei es nötig gewesen, auf die Russische Orthodoxe Kirche zuzugehen. Diese sei sehr passiv gewesen, einerseits wegen des schlechten Gesundheitszustandes von Patriarch Pimen (1910–1990), andererseits wegen der Einschüchterungen der Kirchenspitze durch den KGB. Deswegen habe der Staat erst wirkungsvoll „Signale setzen“ müssen, um die Kirche zu einer Öffnung zu bewegen, so etwa durch die Rückgabe von Kirchengebäuden.

Charčev gelang es, auch die Religionsbehörden in der Ukraine, die dem Rat für religiöse Angelegenheiten beim sowjetischen Ministerrat untergeordnet waren, auf Linie zu bringen. Denn während in Moskau die politischen Reformen voranschritten, hielt sich in der Ukraine lange eine konservative Front unter KP-Chef Vladimir Ščerbyč'kyj (1972–1989), die gegen die Perestrojka und eine Liberalisierung der Religionspolitik Position bezog. So verwies in Kiew der Rat für religiöse Angelegenheiten darauf, dass es keine legale Grundlage für die Rückgabe kirchlicher Gebäude an religiöse Gemeinden gebe. In L'viv versuchten die Behörden zu verhindern, dass die griechisch-katholische Kirche ihre Strukturen wiederaufbauen konnte:¹⁸ Zeitungen und Radiosendungen verbreiteten diffamierende Meldungen über unierte Gläubige, Polizeieinheiten zerstörten Kirchen und kirchliches Eigentum, um deren Übergabe an die griechisch-katholische Kirche zu verhindern. Gezielt ließen die lokalen Vertreter des Rats für religiöse Angelegenheiten orthodoxe Kirchen in aktiven griechisch-katholischen Gemeinden eröffnen.¹⁹ Gleichzeitig versuchte Charčev, den Rat für religiöse Angelegenheiten vorsichtig aus dem Tätigkeitsfeld der Strafverfolgungsbehörden wie der Staatsanwaltschaft zu lösen – die Zuarbeit für diese Institutionen war ein traditionelles Aufgabenfeld des Rats. 1986 gab er die Anweisung an die örtlichen Räte für Religionsangelegenheiten, bei Untersuchungen durch die Strafverfolgungsbehörden nicht als „Experten, Staatsanwälte oder Verteidiger“ aufzutreten und auch Informationen nur zurückhaltend an sie weiterzugeben. 1987 empfahl Charčev den Bevollmächtigten in den Republiken, mehr Anträge auf die Registrierung religiöser Gemeinden zu bewilligen. Dennoch behielt der Rat für religiöse Angelegenheiten die Kontrolle über das kirchliche Leben. So wurden etwa Touristen aus dem Ausland, die Kirchen in der UdSSR besuchen wollten, weiterhin überwacht.²⁰

¹⁷ Konstantin Charčev „Ja ne pomnju ni odnoj pros'by ot ierarchov i svjaščennikov otkryvat' cerkvy. Oni bojalis“. Russkaja vera, 8.6.2015, <http://ruvera.ru/articles/predsedatel_soveta_religiij_konstantin_harchev>.

¹⁸ Michał Wawrzonek: The Orthodox Church and Orthodox Traditions as the Components of the Political Culture in Ukraine, in: Michał Wawrzonek, Nelly Bekus, Mirella Korzeniewska-Wiszniewska: Orthodoxy Versus Post-Communism. Belarus, Serbia, Ukraine and the Ruskiy Mir. Newcastle upon Tyne 2016, S. 261–327, hier S. 261–265.

¹⁹ Ukrainischer Pressedienst, 12/1988, in: Die ukrainische katholische Kirche [Fn. 4], S. 109–115, hier S. 112–113.

²⁰ Corley, Religion in the Soviet Union [Fn. 6], S. 328–332.



Agostino Casaroli, Staatssekretär seiner Heiligkeit von 1979–1990

Im November 1987 machte sich Charčev für die Russische Orthodoxe Kirche stark, als er gegenüber dem Ministerrat dafür plädierte, Priester aus der UdSSR nach Brasilien und Uruguay reisen zu lassen, obwohl sowjetische Staatsangehörige für religiös motivierte Reisen in diese Länder bis dato keine Genehmigung erhielten.²¹ Das lag daran, dass die sowjetischen Behörden fürchteten, Gläubige würden in Kontakt mit der Russischen Orthodoxen Auslandskirche treten, die grundsätzlich sowjetkritisch eingestellt war. Die Feier der tausendjährigen Wiederkehr der Taufe der Rus' bedeutete geradezu eine Internationalisierung der religiösen Frage.



Glaube an das Recht! Wappen Agostino Kardinal Casarolis

²¹ Ebd., S. 327–328.

Der Eisbrecher: die 1000-Jahr-Feier zur Taufe der Kiever Rus'

Das Politbüro beschloss bereits 1983 nach einer Anfrage der Russischen Orthodoxen Kirche, eine 1000-Jahr-Feier zur Taufe der Rus' durchzuführen. Beide Seiten einigten sich aber darauf, dass die Feiern als kirchliche Veranstaltungen stattfinden sollten. Zu den im Juni 1988 stattfindenden Feierlichkeiten wurden die Vertreter fast aller religiösen Bekenntnisse der Welt und der zahlreichen in der Sowjetunion vertretenen Konfessionen eingeladen. In seinem Einladungsschreiben an das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche betonte der Metropolit von Minsk und Weißrussland, Filaret, dass der Papst viele Jahre lang zur Vertiefung der brüderlichen Beziehungen zwischen der Russischen Orthodoxen und der römisch-katholischen Kirche beigetragen und die Freundschaft und das gegenseitige Verständnis der Staaten „verschiedener sozialer Strukturen“ sowie die Herstellung eines gerechten Friedens gestärkt habe.²²

Johannes Paul II., der in beiden päpstlichen Dokumenten, die dem Millennium gewidmet waren – dem Apostolischen Brief *Euntes in Mundum* vom 25. Januar 1988 und der Botschaft *Magnum Baptismi Donum* vom 14. Februar 1988 – auch von der griechisch-katholischen Kirche geschrieben hatte, reagierte auf die Einladung in einer spezifischen Weise, nämlich nicht als Kirchenoberhaupt, sondern als Staatsoberhaupt. Er hob die als kirchlich intendierte Veranstaltung auf eine politische Ebene. Er signalisierte, dass er nicht den vatikanischen Vertreter für ökumenische Beziehungen schicken würde, sondern Kardinalstaatssekretär Agostino Casaroli, also seinen Außenminister. Damit überschritt Johannes Paul das Protokoll, denn im Programm der Feierlichkeiten, das der Einladung des Moskauer Patriarchats beilag, war ein Treffen mit sowjetischen Politikern nicht vorgesehen – schon gar nicht mit Gorbatschow.²³ Der Gedanke, die kirchlichen mit politischen Feierlichkeiten zu vereinigen, mag Johannes Paul II. gekommen sein, da er bereits 1966 getrennte Feiern erlebt hatte, als die Tausendjahrfeier der Christianisierung Polens von kirchlicher Seite als „*Sacrum Poloniae Millenium*“, von der Regierung hingegen als „*Tysiąclecie Państwa Polskiego*“ (1000 Jahre Polen) begangen worden war.²⁴ Die Feierlichkeiten in der litauischen Sowjetrepublik 1987, die zum Gedenken an die 600-jährige Christianisierung veranstaltet worden waren, wurden von den sowjetischen Behörden behindert. Einen Papstbesuch lehnten sie mit der Begründung ab, der Vatikan erkenne die sowjetische Herrschaft über das Baltikum nicht an.²⁵

Auf die Taufe der Rus' war Johannes Paul jedenfalls gedanklich vorbereitet, und er verfasste im Vorfeld einen Brief, der möglichst zusammen mit einem Memorandum an Gorbatschow persönlich übergeben werden sollte. Erst kurz vor der Abfahrt der vatikanischen Delegation nach Moskau sprach der sowjetische Botschafter in Italien, Nikolaj M. Lun'kov, im Mai 1988 bei einem Gespräch im Vatikan das persönliche Treffen an.²⁶

²² Metropolit von Minsk und Weißrussland, Filaret, an Kard. Casaroli, Moskau, 18. März 1988, in: AA EE SS, Fondo Spogli, Serie Card. Agostino Casaroli, Fasc. 82, ff. 4r–5r.

²³ Programma Prazdnowanija Jubileja 1000-letija Kresćenija Rusi. Moskva – Kiev – Vladimir – Leningrad, 4–17 ijunja 1988 goda, ebd., ff. 6r–9r.

²⁴ Ich bedanke mich herzlich bei Prof. Dr. Frank Golczewski für den Hinweis auf diesen Zusammenhang.

²⁵ Hansjakob Stehle: *Geheimdiplomatie im Vatikan. Die Päpste und die Kommunisten*. Zürich 1993, S. 368.

²⁶ Protokoll des Treffens zwischen Casaroli und Nikolaj Lun'kov, dem sowjetischen Botschafter in Rom, am 21. Mai 1988, in: AA EE SS, Fondo Spogli, Serie Card. Agostino Casaroli, Fasc. 82, ff. 821r–825r.

Auf Lun'kovs Frage, ob der Heilige Vater „im Geiste der gegenseitigen Kontakte“ eine Botschaft an den Generalsekretär über „bestimmte aktuelle Probleme“ habe, entgegnete Casaroli, dass der Papst schon einige Zeit an eine Botschaft über bestimmte Fragen gedacht habe. Er denke an eine Botschaft unter „freundschaftlichen Bedingungen“, der „Anerkennung“ und der „guten Wünsche“ für die Anstrengungen der Abrüstung und unter Erwähnung einiger bilateraler Probleme, die dann von „kompetenten und erfahrenen Organismen“ (*organismi competenti ed appropriati*) vorangebracht werden sollten. In Reaktion darauf bot Lun'kov ein direktes Treffen zwischen Casaroli und Gorbachev an. Casaroli bestätigte daraufhin, dass eine persönliche Begegnung mit „Herrn Gorbachev“ der Herstellung guter Beziehungen und der Zusammenarbeit dienen werde.

Als letztes Signal dafür, dass sich die sowjetische Religionspolitik geändert hatte, ist Lun'kovs Aussage zu werten, dass in den zurückliegenden Monaten 60 Kirchen und Klöster der Russischen Orthodoxen Kirche wiederaufgebaut worden seien und dass die sowjetische Regierung der Kirche anlässlich des Millenniums große materielle Hilfe leisten werde. Lun'kov erwies sich außerdem als bibelfest, als sich die Chefdiplomaten verabschiedeten: Casaroli erklärte, er sei zufrieden, ein zweites Mal nach Moskau zu kommen, wenngleich (sinngemäß), aller guten Dinge drei seien – worauf Lun'kov antwortete, dass Gott, die Trinität, die Zahl drei liebe. Selbst wenn es nur so dahingesagt war, belegt es doch, dass sich der sowjetische Vertreter auf eine ernsthafte Diskussion mit dem Vatikan einließ.



Zeiten des Umbruchs: Metropolit Aleksij (Ridiger), Konstantin Charčev, Patriarch Pimen (v.l.n.r.) auf dem Landeskonzil (pomestnyj sobor) der ROK 1988

Foto aus dem Archiv Konstantin Charčevs

In seinen Memoiren betonte Gorbačev später, dass es ihm in den Beziehungen zum Vatikan und im „Neuen Denken“ wichtig gewesen sei, den Gegensatz zwischen Atheismus und Glauben zu überbrücken und allgemeine Werte wie Humanismus, Umweltschutz, Abrüstung, aber auch Moral, Güte, Barmherzigkeit durchzusetzen. Auch das Prinzip der Glaubensfreiheit wollte die Sowjetunion vertreten und schützen. In Bezug auf die katholische Kirche betonte er aber auch, es sei nicht zu akzeptieren, wenn kirchliche Kanäle dazu benutzt würden, sich in die inneren Angelegenheiten der UdSSR einzumischen.²⁷

Zusammentreffen

Bei den Feiern im Juni 1988 kam es zu mehreren Treffen der vatikanischen Delegation mit sowjetischen Politikern. Auf dem Staatsakt im Bol’šoj-Theater am 10. Juni 1988 hielt Casaroli im Namen von Johannes Paul II. seine erste bedeutende Rede. Er hob die religiöse, kulturelle und zivile – gemeint war die politische – Tragweite der Christianisierung der Rus’ und die Aktualität und Modernität des Christentums hervor. Gleichzeitig betonte er, wie nötig Gewissensfreiheit und ein „neuer Geist“ in den Beziehungen des sowjetischen Staates zur Religion seien. Dabei bezog er sich auf eine von der Nachrichtenagentur *Novosti* verbreitete Erklärung Gorbačevs gegenüber dem Moskauer Patriarchen, in der er ein neues Gesetz über die Gewissensfreiheit zusicherte, das auch die „Interessen der religiösen Organisationen“ berücksichtigen werde.²⁸ Dass es die sowjetische Führung mit dieser Ankündigung ernst meinte, zeigte sich daran, dass die römische Delegation am 10. Juni Vertreter der noch immer illegalen griechisch-katholischen Kirche in Moskau empfangen durfte.

In seiner zweiten Rede am 11. Juni 1988 vor Andrej Gromyko (1909–1989), dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR, und weiteren Regierungsvertretern wiederholte Casaroli im Namen der Delegation, die der Heilige Vater anlässlich der Millenniumsfeier entsandt habe, dass es ihm eine Ehre und Freude sei, in die Sowjetunion gekommen zu sein.²⁹ Dieses Ereignis habe noch vor kurzem für Beschwerde und Trennendes sorgen können, aber nun könne es sich als ein einigendes Element auf dem Weg zu einer spirituell-patriotischen Synthese erweisen. Der Heilige Vater habe die historische Bedeutung dieses Ereignisses verstanden und daher eine hochrangige Delegation in jene Stadt entsandt, die sich des Namens des „Dritten Roms“ (terza Roma) rühme. Dies sei eine besondere Wertschätzung gegenüber der Russischen Orthodoxen Kirche und gegenüber der Gemeinschaft der Völker der UdSSR: Es sei eine „große Kirche, ein großer Staat“.

Während in diesen Reden allgemeinere Aussagen getroffen wurden, fanden die detaillierten Diskussionen an anderer Stelle statt, nämlich beim Zusammentreffen zwischen Casaroli und dem Vorsitzenden des Rats für religiöse Angelegenheiten, Konstantin

²⁷ Michail Gorbatschow: *Erinnerungen*. Berlin 1995, S. 767.

²⁸ Ansprache Casarolis im Bol’šoj-Theater am 10.6.1988, in: Herbert Schambeck (Hg.): *Agostino Kardinal Casaroli: Glaube und Verantwortung. Ansprachen und Predigten*. Berlin 1989, S. 43–45.

²⁹ Ansprache Casarolis anlässlich des Treffens mit Gromyko in Moskau am 11. Juni 1988, in: AA EE SS, Fondo Spogli, Serie Card. Agostino Casaroli, Fasc. 82, ff. 809r–810r.

Charčev.³⁰ Früher waren sowjetische Vertreter der Erörterung religiöser Fragen ausgewichen. Das Treffen am 12. Juni 1988 war deshalb von großer Bedeutung, da nun beide Seiten konstatierten, dass ein Dialog begonnen habe, der fortgesetzt werden soll. Gleichzeitig illustrierten die Aussagen der sowjetischen Seite, was in religiöser Hinsicht infolge der Perestrojka bereits möglich war und was noch zu erwarten war.

In dem Gespräch mit Casaroli verzichtete Charčev auf politische Zurückhaltung. Es sei ihm eine große Ehre, Casaroli persönlich kennenzulernen, der „in der Sowjetunion allen gut bekannt sei, den Katholiken und den Orthodoxen“. Er begrüße „von Herzen und mit lebendiger Genugtuung“ die Anwesenheit einer Delegation aus dem Vatikan. Casaroli blieb zunächst vorsichtiger, obwohl auch er anerkannte, dass sich das Klima in der UdSSR seit der Millenniumsfeier zum Positiven gewandelt habe. Er erklärte, dass es Kontakte mit anderen kommunistischen Ländern – Jugoslawien, Ungarn, der Tschechoslowakei, der DDR, Polen, Bulgarien und Rumänien – gebe, aber im Falle der UdSSR sei ein „Mangel an Mitteln, um miteinander zu reden“ zu konstatieren. Drängende Probleme der katholischen Kirche in der Sowjetunion seien, so Casaroli, die Ernennung der Bischöfe durch den Vatikan, die Einrichtung von Seminaren für die Priesterausbildung, die Erlaubnis zum Religionsunterricht und zur Publikation von religiösen Büchern, des Katechismus und der Bibel. Weiterhin sei auch die Lage der katholischen Ukrainer mit orientalischem Ritus wichtig. Der Heilige Vater und der Heilige Stuhl seien der Ansicht, dass man diesen Teil der katholischen Kirche nicht alleine lassen könne. Das Problem sei bekannt, man könne es aber nicht lösen, indem man davor die Augen verschließe. Er mache jedoch keine konkreten Vorschläge. Die Russische Orthodoxe Kirche sei an der Frage interessiert, und die vatikanische Seite wolle mit ihr in einer freundschaftlichen Weise vorangehen, ohne weitere Probleme zu schaffen. Diese Frage bestehe nicht erst seit heute, sondern schon seit Jahrhunderten, und sie sei mit politischen Problemen in Polen und Litauen verflochten. Die ukrainische Emigration dränge stark auf eine Lösung, die „respektable Zahlen an Gläubigen“ betreffe. Auch aus diesem Grund feiere der Heilige Vater das „Millennium“ für die ukrainischen Katholiken in Rom. Die russische orthodoxe Kirche habe anerkannt, dass sie ihnen diese Feier nicht verweigern könne, während die katholischen Ukrainer sagten, es handele sich um „ihr“ Millennium, da die Taufe auf dem Territorium der heutigen Ukraine stattgefunden habe. Der Heilige Stuhl habe aber der Russischen Orthodoxen Kirche versichert, alles vermeiden zu wollen, was unpassend sei.

In seiner ausführlichen Antwort kam ihm Charčev entgegen: Die Feier des Millenniums durch die sowjetische Regierung und die Vorbereitung rechtlicher Dokumente zu Gunsten der Glaubensfreiheit hänge mit der Politik der Perestrojka, Glasnost' und der Demokratisierung zusammen. Auch im Verhältnis von Staat und Kirche gelte es, zu den Prinzipien Lenins zurückzukehren. Lenin zufolge sei es darum gegangen, einen neuen, weltlichen Staat zu schaffen, der die religiöse Frage nicht berühre, der aber mit allen Mitteln versuche, „die Gläubigen zu verteidigen und das freie Funktionieren der religiösen Organisationen und die Gewissensfreiheit zu gewährleisten“. Aber trotzdem, so Charčev, steuere man auf einen Staat für Gläubige und Nicht-Gläubige zu, in dem sich „die Gläubigen noch wohler fühlten als in den kapitalistischen Ländern“. Ziel sei es, Gewissensfreiheit zu garantieren. Diese Aufgabe sei aber nicht einfach und nicht in zwei

³⁰ Protokoll des Treffens zwischen Casaroli und Charčev am 12. Juni 1988, in: AA EE SS, Fondo Spogli, Serie Card. Agostino Casaroli, Fasc. 82, ff. 832r–842r.

Tagen zu erledigen. Aber heute seien „Dinge möglich, die gestern noch unvorstellbar“ gewesen seien. Die Lösung der genannten konkreten Fragen hänge von den Beziehungen zwischen dem Vatikan und der Sowjetunion ab.

Er wolle unterstreichen, dass die sowjetische Seite große Hoffnung auf normale Beziehungen mit dem Vatikan setze, zum Guten der Gläubigen und der Katholiken in der UdSSR und auf der ganzen Welt und für die hohe und würdige Position des Vatikans in der Welt. Bezugspunkte seien die Nächstenliebe, der Friede und die Ruhe zwischen den Völkern. Er glaube, dass man von der aktuellen Gelegenheit profitieren müsse:

„Heute ist nicht gestern.“ Charčev und Casaroli vermieden diplomatisch, die Religionsverfolgungen in der Sowjetunion zu erwähnen.

Am 13. Juni 1988, dem Tag der Abreise der römischen Delegation, kam es zu einem Treffen zwischen Casaroli und Gorbačev im Kreml. Die Einladung war den vatikanischen Besuchern erst kurz zuvor überbracht worden. Die Begegnung war das wichtigste Ereignis der Feier, und sie hatte weitreichende Folgen. Gorbačev gestand bei dieser Gelegenheit, dass er getauft sei. So schuf er für die vatikanischen Besucher ein „angenehm informelles Klima“.³¹ Gorbačev öffnete das ihm überreichte Schreiben von Johannes Paul II. sofort und ließ dem Papst mitteilen, er wolle diesen wichtigen Brief persönlich beantworten. Damit schrieb Gorbačev Geschichte, denn er akzeptierte den Kanal der Informationsübergabe. Es dauerte aber bis August 1989, ehe die versprochene Antwort kam: sechs Seiten, von Gorbačev verfasst und an Johannes Paul II. persönlich adressiert.³² Darin betonte er seine positive Haltung zu Kirche und Religion, der ökumenischen Bewegung und der Rolle der Weltreligionen. Er wolle die Gespräche mit dem Heiligen Stuhl auf eine neue politische Grundlage stellen, wozu insbesondere Johannes Pauls Position zur 1000-Jahr-Feier den Anlass gegeben habe. Auch die Vermittlung des Vatikans bei internationalen Problemen und dessen „Einfluss in der Sphäre der moralischen und sittlichen Wirkung auf die Ratio der Menschen“ hob Gorbačev hervor.

Somit war das Jahr 1988 den Wendepunkt in der sowjetischen Kirchenpolitik. Es brachte wesentliche Erleichterungen für alle Gläubigen und Glaubensgemeinschaften. So wurden die Vorschriften zur Registrierung von Gemeinden gelockert. Nun war nicht mehr wie zuvor eine Mindestzahl von zwanzig Gläubigen notwendig. Zahlreiche Kirchengebäude – zerstört oder nicht – gingen in den Besitz von Gemeinden über, und die Behörden registrierten zahlreiche neue Gemeinden. In der sowjetischen Presse erschienen immer mehr Artikel über das religiöse Leben, das Fernsehen zeigte nun Sendungen mit geistlichem Inhalt. Die Partei konnte sich bestätigt fühlen durch den Zuspruch, den diese Entscheidung in der sowjetischen Bevölkerung erfuhr. Für Charčev bestätigte und begründete die 1000-Jahr-Feier den Weg der Perestrojka. Sie habe als „gesamtnationaler Feiertag der vaterländischen Geschichte und Kultur“ „Millionen von Bürgern des Landes, sowohl Gläubige wie Ungläubige“ vereint und die sowjetische „Einheit und Gemeinsamkeit der Hauptziele und Anstrengungen begründet und unterstrichen“.³³

³¹ So der Eindruck des anwesenden persönlichen Sprechers von Johannes Paul II.: Joaquín Navarro-Valls: Begegnungen und Dankbarkeit: Erinnerungen und Gedanken des Pressesprechers von Papst Johannes Paul II. Aachen 2011, S. 23, <www.bookrix.de/_ebook-joaquin-navarro-valls-begegnungen-und-dankbarkeit/>.

³² Der Brief Gorbačevs aus Moskau an Johannes Paul II. vom 6. August 1989 in: AA EE SS, Fondo Spogli, Serie Card. Agostino Casaroli, Fasc. 82, ff. 924r–926v.

³³ Zakon i sovest'. Interview mit Charčev in: Ogonek, 50/1988, S. 3–5, hier S. 3.



Unter Männern: Raisa Gorbačova bei einem Festabend im Bol'šoj teatr 1988



Unter Bäckern: Konstantin Charčev (links) mit dem Rabbiner Adol'f Šaevič (2. v.l.) in einer Matzenbackstube, 1988

Beide Fotos aus dem Archiv Charčevs

Tauwetter und Frühling post festum

Unterdessen trat die Bevölkerung vor allem in Galizien immer furchtloser und energischer für ihre Forderung nach Wiederzulassung der griechisch-katholischen Kirche und nach nationaler Selbstbestimmung ein;³⁴ die Kontakte zwischen Casaroli und der sowjetischen Regierung mögen dabei eine Rolle gespielt haben. Zu einer Demonstration am 17. September 1989 in Lemberg versammelte sich etwa eine Viertelmillion Teilnehmer, welche die Rehabilitierung der unierten Kirche verlangten. Eine derartige Demonstration war ungewöhnlich, denn Demonstrationen waren in der Sowjetunion grundsätzlich nur im Sinn der Partei geduldet, öffentliche Willensbekundungen gegen sie waren verboten. Dieses öffentliche Zeugnis blieb nicht ohne Erfolg. Sechs Wochen später folgte das erste Zeichen staatlicher Zugeständnisse an die griechisch-katholische Kirche, als die örtlichen Behörden in Lemberg eine Kirche an die unierte Kirche übergaben. Am 1. Dezember 1989 wurde die unierte Kirche offiziell wieder zugelassen. Die öffentliche Erklärung der Religionsfreiheit und damit der Legalisierung der griechisch-katholischen Kirche in der UdSSR war Teil und Höhepunkt des Besuchs Gorbatschows im Vatikan am 1. Dezember 1989. Dass die griechisch-katholische Kirche endgültig ihre Existenz im Untergrund hinter sich lassen konnte, zeigte sich im Sommer 1990, als die Lemberger Verwaltung die Georgs-Kathedrale an die Kirche zurückgab. Am 25. Oktober 1990 beschloss der Oberste Sowjet schließlich das unionsweite Gesetz über Bekenntnis- und Gewissensfreiheit. Somit konnten kurz vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Religionsfreiheit gesichert und die Beziehungen zum Vatikan auf eine neue Grundlage gestellt werden. Doch ein Konflikt ist bis heute nicht ausgeräumt: Die Russische Orthodoxe Kirche erkennt das Existenzrecht der griechisch-katholischen Kirchen nicht an. Der Papst hatte diesen Konflikt während der Perestrojka immer wieder thematisiert, jedoch – wie sich später zeigen sollte – gegenüber den falschen Ansprechpartnern, nämlich den staatlichen Behörden, die den Klärungsbedarf anerkannten, aber keinen Grund für einen Bruch mit Rom sahen. Das änderte sich, als die Russische Orthodoxe Kirche zu einem zunehmend eigenständigen Akteur in der späten Sowjetunion wurde.

Noch am 16. August 1989 machte Patriarch Pimen von Moskau und ganz Russland in einem Brief dem Heiligen Stuhl den Vorschlag, einen „mutigen Schritt“ zu gehen und gemeinsam in Moskau und Rom einen Entschluss zu veröffentlichen, der in der Praxis die Anerkennung der „Uniaten“ (so die despektierliche Wortwahl) von der Gemeinschaft mit der orthodoxen Kirche abhängig machen sollte.³⁵ Der Papst lehnte dies aber ab und unterstrich in seiner Rede an die Synode der Bischöfe der „Ukrainischen Kirche“, die in Rom zwischen dem 24. September und dem 8. Oktober 1989 zusammentrat, die Existenzberechtigung der Katholischen Kirche des byzantinischen Ritus in der Ukraine.

Die sowjetische Regierung übernahm in der Frage der Anerkennung der griechisch-katholischen Kirche die Position der Russischen Orthodoxen Kirche und vertrat sie

³⁴ Svitlana Hurkina: Der Prozess der Legalisierung der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche und die Unabhängigkeit der Ukraine, in: Bernd Florath (Hg.): Das Revolutionsjahr 1989. Die demokratische Revolution in Osteuropa als transnationale Zäsur. Göttingen 2011, S. 165–185, hier S. 177–184.

³⁵ L'Europa Centro-Orientale agli inizi del 1990 e nuove prospettive per la chiesa. Città del Vaticano, 15 marzo 1990, in: Archivio Segreto Vaticano, Segreteria di Stato, Sezione per i Rapporti con gli Stati, Archivio Storico (S.RR.SS.)/Congregazione degli Affari Ecclesiastici Straordinari (AA.EE.SS.), Fondo Spogli, Serie Card. Agostino Casaroli, Fasc. 88, ff. 416-440v, hier: ff. 436r–437r.

auch in der Außenpolitik. Als sich am 20. und 21. Oktober 1989 der sowjetische Außenminister Eduard Ševardnadze, der zwischen 1989 und 1991 wirkende Vorsitzende des Rats für religiöse Angelegenheiten Jurij N. Christoradnov und Gorbachev mit Außenstaatssekretär Mons. Angelo Sodano in Moskau trafen, drängten sie darauf, die Beziehungen zur Russischen Orthodoxen Kirche zu „dynamisieren“.³⁶ Dabei sollte die Anerkennung der „Uniaten“ „dreiseitig“ erfolgen, durch den Heiligen Stuhl, die sowjetische Regierung und die orthodoxe Kirche – also ohne die griechisch-katholische Kirche. Die Position des Heiligen Stuhls, der auf der Existenzberechtigung für die griechisch-katholische Kirche beharrte, wurde Patriarch Pimen am 30. Oktober 1989 mitgeteilt. Eine Delegation des Heiligen Stuhls unter Leitung von Kardinal Johannes Willebrands überbrachte dieses Antwortschreiben.

Auch bei dem ersten persönlichen Treffen zwischen dem Heiligen Vater und Gorbachev am 1. Dezember 1989 nahm Johannes Paul II. im Brief an alle Teilnehmer der sowjetischen Delegation wieder auf die Situation der griechisch-katholischen Kirche Bezug. Angesichts der Demonstrationen in der Ukraine, auf denen neben der Legalisierung der griechisch-katholischen Kirche auch die nationale Unabhängigkeit der Ukraine gefordert wurde, blieb der Status der unierten Kirche für die sowjetische Führung ein politisch brisantes Problem. Als der Patriarch und der päpstliche Rat vom 12. bis 17. Januar 1990 in Moskau über diese Frage und die Einheit der Christen sprachen, präsentierte die Russische Orthodoxe Kirche deutlich niedrigere Zahlen über die katholischen Ukrainer, als sie die vatikanische Seite erwartet hatte.³⁷ Mit Verweis auf die Massendemonstrationen ließ sich der Vatikan nicht von seiner Position abbringen. Die griechisch-katholische Kirche schaltete sich danach zunehmend in die Diskussion um ihren Status ein. Doch bis heute gibt es keine Einigung.

Fazit

Die Liberalisierung der Religionspolitik unter Gorbachev war ein Mobilisierungsfaktor in der UdSSR, der eine weitere politische Öffnung begünstigte. Sie war eine erfolgreiche Reform. In der Bevölkerung stieß sie auf Zustimmung und fand auch international Unterstützung. Allerdings konnte die sowjetische Religionspolitik ihre Wirkung nicht voll entfalten, da sich die Sowjetunion bereits im Dezember 1991 auflöste.

Die römisch-katholische Kirche griff den Gedanken der Demokratisierung auf, unterstützte ihn und knüpfte somit an die 1920er Jahre an, als diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion diskutiert worden waren, die aber letztlich erfolglos blieben. In der Öffnung unter Gorbachev erkannte Johannes Paul II. eine Chance und er nutzte sie. Der Papst inspirierte nicht nur die Gläubigen im Osten Europas zu Reformen, sondern auch sowjetische Politiker an den Schaltstellen der Macht.

In der Religionspolitik zeigt sich, dass die Perestrojka kein reines Elitenprojekt war. Am Beispiel des Rats für religiöse Angelegenheiten ist zu erkennen, dass die mittlere Behördenebene nicht weniger reformwillig war als die Gläubigen, die auf die Straße gingen und demonstrierten. Der Einfluss führender Persönlichkeiten auf der Verwaltungsebene – seinerzeit war es Konstantin Charčev –, die die operative Politik umgesetzt haben, scheint erheblich größer gewesen zu sein, als bislang angenommen.

³⁶ Ebd., f. 436v.

³⁷ Ebd., f. 437r.